ACA-Newsletter 4/26: Interview mit Johannes Reichert, stellvertretender Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz

„Ich warne vor Alarmismus“ – Johannes Reichert im Interview mit ACA-News

Der stellvertretende Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz war Ende März Referent auf der ACA-Landesversammlung in Mainz. Im Interview erklärt er, warum er die gesetzliche Rentenversicherung nicht in der „Krise“ sieht.

Die ACA-Landesversammlung fand am 28.März im Kolpinghaus Mainz statt unter dem Thema "Die Zukunft der Rentenversicherung"

ACA-News: Sehr geehrter Herr Reichert, Sie sind stellvertretender Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz in Speyer. Die Rentenversicherung steht vor großen Herausforderungen : Die geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboomer“ gehen in Rente, während weniger Beitragszahler nachrücken. Gleichzeitig beziehen durch eine steigende Lebenserwartung die meisten länger Rente. Welche sind Ihrer Meinung die drängendsten Probleme, die im Rahmen eine Rentenreform angepackt werden müssen?

Johannes Reichert: Die gesetzliche Rentenversicherung muss sich immer wieder an Veränderungen anpassen. Das hat sie in der Vergangenheit erfolgreich getan. Reformen wird es also immer geben und sie sind kein Ausdruck von „Krise“. Immer ging und geht es darum, wie die Rentenversicherung auskömmliche Leistungen bei tragfähigen Beiträgen gewährleisten kann. Bisher reicht der Blick bis zum Jahr 2031 und deshalb ist es gut, dass die Alterssicherungskommission bereits Ende Juni Vorschläge für die Zeit darüber hinaus machen soll. In der Vergangenheit haben sich Reformen dann als gut erwiesen, wenn die Lasten auf alle Beteiligten – Beitragszahlende, Rentenbeziehende und den Bund – angemessen verteilt worden sind. Der demografische Wandel wird die gesetzliche Rente – wie übrigens alle Bereiche unserer Gesellschaft – weiterhin prägen. Ich warne aber vor Alarmismus. Zwischen 1990 und 2010 ist die Alterung unserer Bevölkerung stärker fortgeschritten als das zwischen 2020 und 2040 voraussichtlich der Fall sein wird.

Die vier eigenen Reha-Kliniken der DRV sorgen dafür, dass Versicherte trotz gesundheitlicher Herausforderungen im Erwerbsleben bleiben

ACA-News: Die Deutsche Rentenversicherung zahlt nicht nur die Renten aus, sondern unterhält vier eigene Rehakliniken in Rheinland-Pfalz. Welche Schwerpunkte setzen Sie hier in den jeweiligen Kliniken, wie ist deren Auslastung und warum ist es für die Deutsche Rentenversicherung so wichtig, eigene Rehaklinken zu betreiben?

Johannes Reichert: Mit unseren vier Reha-Kliniken setzen wir uns ganz unmittelbar dafür ein, dass unsere Versicherten trotz gesundheitlicher Herausforderungen im Erwerbsleben bleiben und sich eine stabile Alterssicherung aufbauen können. Alle vier Kliniken sind Eckpfeiler in der gesundheitlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz und gut ausgelastet. Die Mittelrhein-Klinik Bad Salzig in der psychosomatischen Reha, die Drei-Burgen-Klinik Bad Kreuznach in der Orthopädie und Kardiologie, die Fachklinik Eußerthal bei Abhängigkeit von Alkohol und Medikamenten und die Edelsteinklinik Bruchweiler für Kinder und Jugendliche. So unterschiedlich die Kliniken ausgerichtet sind, eines haben sie gemeinsam: Ihre reizvolle Lage, die gute Ausstattung und die überdurchschnittlich hohe Qualität. Sie sind Teil eines Netzes aus privaten, gemeinnützigen und rentenversicherungseigenen Rehabilitationskliniken, das sich bewährt hat und das trägt.

Die Beitragszahler bestimmen im Rahmen der Selbstverwaltung mit, wie die Beiträge im Rahmen der Gesetze verwendet werden

ACA-News : Der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung ist ehrenamtlich besetzt (jeweils zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer; darunter auch ACA-Vertreter), genauso wie die Vertreterversammlung (Parlament). Warum ist das so wichtig, dass neben der hauptberuflichen Geschäftsleitung Ehrenamtliche mitbestimmen? Was wäre anders, wenn das nur Hauptberufliche täten? Wie ist die Zusammenarbeit?

Johannes Reichert: Die Selbstverwaltung hat eine lange Tradition – angefangen bei den Knappschaften und Hilfskassen auf Gegenseitigkeit. Und bei der Gründung der „modernen“ deutschen Sozialversicherung Ende des 19. Jahrhunderts übertrug der Gesetzgeber die Aufgaben an Selbstverwaltungskörperschaften „in der Form korporativer Genossenschaften

unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“ – ein Zitat aus der „Kaiserlichen Botschaft“ vom 17. November 1881.
Seitdem hat sich die Selbstverwaltung modernisiert; in ihrem Kern, der „Partizipation der Betroffenen“ – nämlich der Versicherten und der Arbeitgeber –, ist sie aber gleich geblieben. Das Bundesverfassungsgericht betont daher zurecht die starke demokratische Legitimation und den „verwaltungsexternen Sachverstand“, der dem Interessenausgleich dient und dadurch die Ziele des Sozialstaats besser erreicht.
Damit ist zugleich der entscheidende Vorteil der Verwaltung auch durch Ehrenamtliche dargelegt: Diejenigen, die den größten Teil der Finanzmittel aufbringen, bestimmen mit, wie diese im Rahmen der Gesetze vor Ort verwendet werden. Ehrenamt und Hauptamt arbeiten dabei vertrauensvoll und partnerschaftlich im Interesse der Beitragszahlenden zusammen. Das ist nur möglich durch das Engagement von Vertretenden der Versicherten und der Arbeitgebenden.

Wären die ersten beiden Stufen der Mütterrente aus Steuermitteln finanziert, könnte der Beitragssatz zur Rentenversicherung niedriger sein

ACA-News: Werden die Kosten für die Mütterrente vollständig aus Steuermitteln finanziert? Was würde es für die Rentenversicherung bedeuten, wenn diese vollständig aus Steuermitteln finanziert würden?

Johannes Reichert: Die Kosten der Mütterrente – gemeint sind die zusätzlichen Entgeltpunkte für Geburten vor dem Jahr 1992 – tragen bisher die Beitragszahlenden. Das hat die Selbstverwaltung der Rentenversicherung massiv kritisiert. Kinder kommen allen in unserer Gesellschaft zugute, nicht nur den Beitragszahlenden. Wären die ersten beiden Stufen der Mütterrente – wie von uns gefordert – aus Steuermitteln finanziert, könnte der Beitragssatz niedriger sein, als er es derzeit ist. Zumindest die kommende dritte Stufe der Mütterrente soll nun vom Bund aus Steuermitteln finanziert werden. Aus unserer Sicht ist das positiv – solange der Bund seine Zusagen auch tatsächlich einhält und nicht – wie in der Vergangenheit geschehen – davon abweicht.

Die Förderung der Betriebsrenten sollte nicht zur Kürzung der Beitragszahlungen für die gesetzliche Rentenversicherung führen

ACA-News: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des zweiten Betriebsrentenstärkungsgesetzes auf die Betriebsrenten, das der Bundestag im Dezember 2025 beschlossen hat?
Wie könnte die private Altersvorsorge Ihrer Meinung nach gestärkt werden?

Johannes Reichert: Wie in vielen Industriestaaten setzt sich auch bei uns die Alterssicherung grundsätzlich zusammen aus gesetzlicher Rente, betrieblicher Altersversorgung und privater Vorsorge. Dass die betriebliche Altersvorsorge sich nun stärker verbreiten soll, begrüßen auch wir. Wichtig ist für uns, dass die Förderung der Betriebsrenten nicht zur Kürzung der Beitragszahlungen für die gesetzliche Rentenversicherung führt. Denn die gesetzliche Rente ist und bleibt das Rückgrat einer soliden Absicherung im Alter. Bei der privaten

Altersvorsorge gibt es jetzt durch die lang erwartete Reform der „Riester-Rente“ frischen Wind. Aus Sicht vieler Fachleute geht die Reform in die richtige Richtung.

Beamte und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen: Macht das unsere Alterssicherung tatsächlich demografiefester?

ACA-News: Wieviele Renten in welcher Gesamthöhe zahlt die Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz jeden Monat aus?
Wie stehen Sie zu der Idee, Beamten, Abgeordnete und Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren? Was spricht dafür, welche Argumente dagegen?

Johannes Reichert: Wir zahlen rund 650.000 Renten an unsere Versicherten und an Hinterbliebene aus. So viel, wie Menschen in einer Großstadt wohnen. Das entspricht zurzeit einem Gesamtbetrag in Höhe von bis zu 700 Millionen Euro im Monat.
Vorschläge, Beamte und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, gab es immer wieder. Die entscheidende Frage dabei ist folgende: Macht das unsere Alterssicherung tatsächlich demografiefester oder ist es am Ende sogar ein Verlustgeschäft für die gesetzliche Rente? Wir können gespannt sein, wie sich die Alterssicherungskommission dazu äußern wird. Bei den Selbstständigen denke ich vor allem an Solo-Selbstständige ohne ausreichende obligatorische Absicherung. Hier fordert die Deutsche Rentenversicherung schon seit Jahren einen Kurswechsel hin zur Pflichtversicherung. Diese Sichtweise hat auch Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden.

Ehrenamtliche Versichertenberater kennen die Anliegen der Versicherten ganz genau

ACA-News: Welche Rolle spielen die ehrenamtlichen Versichertenberater vor Ort? Sie haben ja auch hauptberuflich besetzte Beratungsstellen im ganzen Land. Warum sind die ehrenamtlichen Versichertenberater aus Ihrer Sicht trotzdem so wichtig?

Johannes Reichert: Unsere Versichertenberaterinnen und Versichertenberater sind keine Beschäftigten der Deutschen Rentenversicherung – aber selbst dort versichert. Darum kennen sie die Anliegen der Versicherten ganz genau. Zudem werden sie für ihre ehrenamtliche Tätigkeit regelmäßig geschult. Sie geben Auskünfte und Tipps zu vielen Rentenangelegenheiten. Außerdem helfen sie bei der Antragstellung und leiten die Anträge an uns weiter. Das ist für die Ratsuchenden selbstverständlich kostenfrei – genauso wie die Beratung durch unsere Hauptamtlichen im Beratungsdienst.
Allerdings können wir mit unseren hauptamtlichen Beratenden trotz der sieben Standorte unserer Auskunfts- und Beratungsstellen im Land – in Speyer, Kaiserslautern, Trier, Andernach, Koblenz, Bad Kreuznach und Mainz – und vielen Sprechtagen an anderen Orten nicht überall präsent sein. Die ehrenamtlichen Versichertenberatenden ergänzen dieses Beratungsnetz: Durch sie ist fachkundige Beratung oft auf ganz kurzem Weg zu erreichen und oft auch außerhalb regulärer Arbeitszeiten.

ACA-News: Vielen Dank, Herr Reichert, für das aufschlussreiche Interview.

Wer noch mehr über das Engagement von Kolping und der KAB in der sozialen Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz erfahren möchte, kann dies unter https://aca-bund.de/landesverbaende/rheinland-pfalz/ tun.
Wir suchen auch immer wieder Ehrenamtliche, die sich in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz einbringen möchten und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung!